
WACHSTUMSKRISEN IN ÖSTERREICH

Rezension von Bernd Marin und
Michael Wagner, Wachstums Krisen in
Österreich? Band I: Grundlagen, und
Bernd Marin (Hrsg.), Band II:
Szenarios. Verlag Wilhelm
Braumüller, Wien 1979

Die beiden Bände „Wachstums Krisen in Österreich?“ zu rezensieren, stellt kein leichtes Unterfangen dar. Neben grundsätzlichen Überlegungen zum Charakter von Wachstums Krisen und den spezifisch österreichischen Möglichkeiten zur Krisenbewältigung werden konkrete Krisenprobleme für einige Sektoren und Teilbereiche des gesellschaftlichen Systems analysiert. Aus naheliegenden Gründen kann nur auf einige dieser Bereichsanalysen beispielhaft eingegangen werden.

Der erste Band beschäftigt sich mit den wirtschaftlichen, sozialen und psychologischen Bedingungen anhaltender Wirtschaftskrisen. Ausgangspunkt für die Erarbeitung von „Leitlinien einer Stagnationstheorie“ durch die Autoren sind zwei orthodoxe Stagnationstheorien: die These vom Wachstumsstopp infolge begrenzter Ressourcen und das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate. Beide Ansätze erachten das Ende des Wirtschaftswachstums als notwendig, nur für den letzteren Ansatz bedeutet dies jedoch eine gesellschaftliche Krise.

Dieser gesetzmäßigen Notwendigkeit treten die Autoren entgegen, indem sie eine „Stagnationstheorie mittlerer Reichweite“ konstruieren: Stagnationskrisen sind vorübergehende aber immer wiederkehrende Phänomene kapitalistischen Wachstums.

Für das Entstehen und die Ausbrei-

tung solcher Krisen ist der Zusammenhang von ökonomischen Entwicklungen und Krisenbewußtsein von großer Relevanz.

So tragen die Wahrnehmungen der Bevölkerung und die spezifische einseitige Empfindlichkeit in Richtung Inflation entscheidend zu Art und Ausmaß wirtschaftlicher und damit sozialer Krisen bei. Gelingt der Regierung ihre Beruhigungstaktik nicht, so wird sie zum Handeln gezwungen: „Der drohende Loyalitätsentzug läßt das politische System auf eine sich beschleunigende Inflation reagieren, ehe noch der Preisauftrieb das ökonomische Beziehungsgefüge stark stört. Das politische System reagiert auf zunehmende Inflationsraten, bevor potentielle Funktionsstörungen im ökonomischen System unmittelbar einen weitreichenden Zusammenbruch des Preissystems anzeigen.“ (I, S. 45)

Der Druck zum Handeln kommt – paradoxerweise – oft gerade von jenen Gruppen – z. B. seitens der Unternehmer – die selbst zum Opfer der Deflationspolitik werden können. Für das Zurückdrängen und Dämpfen der Arbeitnehmerforderungen („Anspruchsinflation“) müssen halt Opfer gebracht werden.

Ist die Konjunktur einmal abgewürgt, gibt es eine Reihe von Faktoren, die ein Anhalten der Stagnation bewirken. „Darin liegt gerade die Gefahr einer anhaltenden ökonomischen Stagnation: die Anpassungsvorgänge im ökonomischen, sozialen und politischen System stellen ein Gleichgewicht bei Arbeitslosigkeit, Leerkapazitäten und Stagnation her.“ (I, S. 55)

Beschäftigt sich das erste Kapitel mehr mit den Ursachen und dem Entwicklungsverlauf einer Krise, behandelt das zweite Kapitel mehr deren soziale und psychologische Folgen.

Für das Verständnis sozialer Reaktionen ist es notwendig, sich zu verdeutlichen, daß Krisen Angst und Isolation hervorrufen. Das bedeutet, daß, obwohl viele von der Krise betroffen sind, die Chancen auf Solidarität und

gemeinsamen Widerstand gering sind. Geradezu das Gegenteil wird bewirkt: „Krisen wirken ‚konservativ‘, insofern gerade die Auflösung bestehender Strukturen angesichts einer offenen Zukunft mehr Loyalität zu ihnen durch Unsicherheit erzeugt, als sie als gesicherte jemals erwarten konnten“ (I, S. 97)

Eine wesentliche Ursache für diese „konservative“ Wirkung von Wirtschaftskrisen liegt sicherlich in einer sozialen Segmentierung der Gesellschaft abseits der Trennung in soziale Schichten und Klassen. Die Beschäftigten stehen den Arbeitslosen gegenüber, einzelne Regionen sind unterschiedlich betroffen etc. Diese Spaltung schwächt vor allem die Schlagkraft der Gewerkschaften.

Zu Beginn des 2. Bandes versucht Bernd Marin die spezifisch österreichischen Ausgangsbedingungen der Krisenentwicklung und Krisenbewältigung zu analysieren. Unter dem Titel „Sonderfall Österreich?“ werden Vorzüge und Kosten der Gesellschaftsstruktur untersucht. Die Vorzüge scheinen dabei auf der Hand zu liegen: hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, politische Stabilität und überdurchschnittliche Wohlfahrtsleistungen. Weniger erfreulich ist die Auflistung der sozialen Kosten unserer Gesellschaftsstruktur. Einerseits sind es die Privatisierung sozialer Belastungen und Mängel und die damit zusammenhängende politische Entfremdung und Apathie, andererseits das Überwiegen „bürokratischer Willensbildung“ und die geringe Neigung zu Innovation, Kreativität etc.

Marin geht davon aus, daß Erfolge dem politischen System zugerechnet werden, Mängel und Mißerfolge jedoch dem einzelnen „angehängt“ werden. Die große Anzahl individueller Mängel könne man an den hohen Raten an Selbstmorden, Verkehrs- und Arbeitsunfällen, Zwangseinweisungen in geschlossene Anstalten etc. ablesen. Österreich kann damit durch-

aus als eine der pathogensten Gesellschaften bezeichnet werden.

Allerdings ist eines der Beispiele, die der Autor für die Privatisierung von Mißerfolgen anführt, wenig überzeugend. Mit zunehmender Betonung der Vollbeschäftigung als politische Aufgabe und Zielsetzung kann nämlich Arbeitslosigkeit – zumindest bei gehäuftem Auftreten – immer weniger als selbstverschuldet angesehen werden.

Was nun das politische System betrifft, so anerkennt Marin die größere Handlungsmöglichkeit im Vergleich zu anderen kapitalistischen Staaten. Die Funktionsfähigkeit des Systems ist jedoch von Faktoren abhängig, die gerade in Zeiten von Wirtschaftskrisen verloren gehen: „Wirtschaftswachstum und Ausbau des Wohlfahrtsstaates als integrative Leitvorstellungen erfüllten bislang die Funktion einer Neutralisierung von Verteilungskonflikten und erlaubten so auch eine beträchtliche Einheitlichkeit staatlichen Handelns.“ (II, S. 22)

Das reibungslose Funktionieren verlangt aber auch eine beträchtliche Unabhängigkeit der Machtelite – (der Spitzen der Interessensvertretungen) – gegenüber den von ihnen vertretenen Schichten der Bevölkerung. Die Loyalität der Mitglieder der einzelnen Verbände, insbesondere der Gewerkschaftsmitglieder, hängt jedoch ebenso von Wachstum (sprich Arbeitsplätze) und Ausbau des Wohlfahrtsstaates ab. So meint auch Anton Pelinka in seinem Beitrag: „Das Einfallstor einer Destabilisierung ist die kausale Verflechtung der Sozialpartnerschaft mit Wachstumsorientierung und Vollbeschäftigung. Verlust der Arbeitsplatzsicherung, Verlust der Reallohnsteigerungen können Destabilisierung verursachen.“

Daß die stark ausgeprägte „Technobürokratie“ nicht negativere Auswirkungen als tatsächlich hat, liegt darin, daß trotz dieser „Entdemokratisierung“ wachsende demokratische Ansprüche an das System gestellt wer-

den. In der Tat ist es erstaunlich, in welch relativ starkem Ausmaß Forderungen nach mehr Gleichheit gestellt werden: relativ stärker gegenüber Forderungen nach Effizienz und Leistung und verglichen mit anderen kapitalistischen Ländern.

Der Staat in Österreich wurde so zur Drehscheibe sozialer Ansprüche – mehr als im Ausland. Eine Wirtschaftskrise würde dies sicherlich verstärken: „Er wird in Krisenzeiten zum beständigsten, verlässlichsten umfassendsten und umstrittensten Adressaten massiver Enttäuschungen, Unsicherheit, Angst, Wut, Machtansprüche und Auseinandersetzungen.“ (II, S. 31) Dies kann zwar Illusionen wecken, auf die Bereitschaft zur Krisenbekämpfung hat dies jedoch durchaus positive Wirkungen. Dies gilt, wie Marin es im Gegensatz zu anderen Äußerungen in seinem Beitrag anerkennt, vor allem für die Vollbeschäftigung. „Sie erhöht nicht nur die objektiven materiellen Lebenschancen der arbeitsfähigen Bevölkerung, sondern steigert zugleich das Anspruchsniveau bzw. den politischen Druck auf Regierung und Entscheidungsträger in diesem Bereich. Diese können daher auch zu ungleich größeren Anstrengungen gezwungen werden, wenigstens im Hinblick auf Arbeitsmöglichkeiten eine etwaige Krise nicht einfach auf Kosten einer Bevölkerungsgruppe zu „bereinigen“. (II, S. 35)

Marins Beitrag, obwohl sehr knapp gefaßt und manchmal widersprüchlich, scheint mir mit der zentrale Teil des ganzen Werkes. Ihm folgen Analysen der Auswirkungen von Wachstumskrise auf einzelnen Sektoren, auf die hier jedoch nur kurz und an Hand von Beispielen verwiesen wird.

Michael Wagner beschäftigt sich mit den Auswirkungen der Wachstumskrise unter dem Blickwinkel der Exportstagnation. Traditionelle Stabilisierungspolitik versagt dann, wenn das Wirtschaftswachstum zu niedrig ist für die Erhaltung der Vollbeschäftigung, jedoch zu hoch ist, um einen

Ausgleich der Zahlungsbilanz zu ermöglichen – eine gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt durchaus realistische Wachstumsvariante. Auf die Möglichkeiten der Beschäftigungspolitik geht Ewald Walterskirchen in seinem Beitrag ein. Er analysiert die spezifischen Probleme der „Hauptleidtragenden einer internationalen Wachstumskrise“ und beschreibt die verschiedenen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung. Auf Grund der beschränkten Möglichkeiten der einzelnen Maßnahmen empfiehlt Walterskirchen unter allen Umständen die österreichische Wachstumsrate über jener des Auslands zu halten. Wäre das nicht möglich, müßte jedenfalls mit einem beträchtlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet werden.

Wieweit die Lage der öffentlichen Finanzen überhaupt eine Strategie der Gegensteuerung ermöglicht, wird im Kapitel „Finanzsektor in der Stagnation“ untersucht. Ingo Schmoranz analysiert in seinem Beitrag die verschiedenen Maßnahmen auf der Ausgaben- und der Einnahmenseite. Daß sich in Zeiten einer Wirtschaftskrise der Effizienzgedanke stärker durchsetzt, kann dabei durchaus als positiv angesehen werden, schon weniger die Überlegungen staatliche Aufgaben abzubauen bzw. in den privaten Sektor zu verlagern, oder die Tendenz, die Tarifgestaltung mehr am Prinzip der Kostendeckung zu orientieren. Der letzte Satz des Beitrages über den Finanzsektor der ausdrückt: „daß von diesem Sektor grundsätzliche stagnative Tendenzen ausgehen, die zu einer Verschärfung des Problems führen werden“ macht jedenfalls die Hoffnungen zunichte, daß über das Budget in Zeiten einer internationalen Wirtschaftskrise die Vollbeschäftigung aufrechterhalten werden kann.

Von besonderer Auswirkung sind die Finanzierungsprobleme im Sozialbereich, insbesondere bei der Pensionsversicherung (Robert Holz-

mann). Die Möglichkeiten, Mehreinnahmen zu erschließen, sind u. a. eine Erhöhung des Beitragssatzes, die Aufhebung der Höchstbeitragsgrundlage unter Beibehaltung der Höchstbemessungsgrundlage, eine progressive Tarifgestaltung. Auf der Ausgabenseite „bietet sich“ neben Maßnahmen zur Verringerung des Zugangs von Pensionsbeziehern geringere Pensionssteigerungen an. Dies bewirkt jedoch eine Vermehrung der Ausgleichszulagenbezieher und damit wieder zusätzliche Belastungen des Bundes, der die Kosten für die Ausgleichszulagen derzeit voll trägt.

Im Kapitel Gesundheitswesen analysieren die Autoren Peter Fleissner und Wilfried Schönböck drei Entwicklungsmöglichkeiten. Szenario I – die konservative Variante beinhaltet eine weitgehende Privatisierung inklusive Selbstbeteiligung, Szenario II – eine reformistische Variante beinhaltet kostensparende Reformen im Arzneimittelbereich und den Ausbau der innerbetrieblichen medizinischen Betreuung und der Gesundenuntersuchungen. Die basisdemokratische Variante – Szenario III – zeichnet sich sowohl durch stärkere gesundheitspolitische Aktivitäten der Basis (Gewerkschaft etc.) als auch durch mehr Kompetenzen des Bundes aus. Der Einfluß der „medizinischen Industrie“ und der Ärzte wird zurückgedrängt.

Schon diese Beispiele aus dem ökonomischen Bereich – abgesehen von den Beiträgen zu Fragen der Sicherheit und Kriminalität, auf die hier nicht eingegangen wird – zeigen die Verschiedenartigkeit der Ansätze, die die einzelnen Autoren wählen. Dementsprechend sind die zentralen Aussagen nicht miteinander verknüpfbar. Und dies ist auch der große Mangel dieses Werkes. Eine zusammenfassende, kohärente Schlußfolgerung fehlt völlig.

Aber wahrscheinlich wäre dies auch zuviel verlangt. Demjenigen, der an möglichen Folgen von Wirtschaftskrisen interessiert ist und der bereit ist, selbst Überlegungen anzustellen und Schlußfolgerungen zu ziehen, können diese beiden Bände jedoch nur empfohlen werden.

Mir drängt sich der Schluß auf, daß die Stabilität des wirtschaftlichen und politischen Systems in Österreich kurzfristig sicher von Wirtschaftswachstum und Wohlstandssteigerung abhängt, vielleicht mehr als im Ausland. Gleichzeitig jedoch sind die Voraussetzungen für eine – vor allem vorbeugende – Krisenbekämpfung eher gegeben als in anderen kapitalistischen Staaten. Diese Möglichkeiten zu erweitern ist eine wichtige politische Aufgabe. Wirtschaftliche und soziale Veränderungen sind demgemäß nicht nur im Hinblick auf aktuelle Verbesserungen der Lebenssituation der arbeitenden Menschen notwendig. Die Wahrscheinlichkeit, Wirtschaftskrisen zu vermeiden bzw. demokratisch und mit hoher Verteilungsgerechtigkeit zu meistern, müßten erhöht werden. Das Beharren auf Vollbeschäftigungspolitik derzeit ist eine notwendige Voraussetzung, das Prinzip „Arbeit für alle“, unabhängig von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durchzusetzen. Andererseits bedürfen die anderen Aspekte der Gleichheitspolitik mehr Beachtung als bisher. Nur das steigende Bedürfnis nach Solidarität in Zeiten wirtschaftlichen Wachstums kann für Krisenzeiten jenes Minimalausmaß an Hilfe und Verständnis für den sozial Schwächeren erwarten lassen, das für eine auch wirtschaftliche erfolgreiche Krisenbekämpfung notwendig ist.

Hannes Swoboda

+ (II S. 258)